

# Achim beschreitet Sonderweg

## Rat lehnt Gründung einer kreisweiten Klimaschutzagentur bei Stimmengleichheit ab

VON LISA DUNCAN

**Achim** – Will die Stadt Achim dazu beitragen, gemeinsam mit anderen Kommunen eine Klimaschutzagentur im Landkreis Verden zu gründen? Nein, lautete die Antwort des Achimer Rats, der den Beschlussvorschlag um Haaresbreite (bei Stimmengleichheit) ablehnte. Bis es am Donnerstagabend in öffentlicher Sitzung zu diesem Ergebnis kam, lieferten sich die Fraktionen eine erbitterte, in Teilen zähe Diskussion.

Theoretisch hätte Achim das Projekt damit kippen können, denn die Gründung sollte unter der Voraussetzung erfolgen, dass sich alle acht Städte und Gemeinden im Landkreis an der Gesellschaft beteiligen. Dem Vernehmen nach hat die Kreisverwaltung aber gestern früh

nach Prüfung der Rechtslage eine Zwischenlösung gefunden. Angedacht ist, dass der Landkreis Achims Beitrag mit übernimmt. Der Gesellschaftsvertrag muss aber neu formuliert werden und erneut durch alle Gremien gehen – auch in den Kommunen, die sich bereits dafür entschieden haben, der Agentur beizutreten.

„**Die Gesellschaft kostet Geld, aber was haben wir davon?**

Volker Wrede (CDU)

Zum Hintergrund: Die sogenannte „Klimaschutz- und Energieagentur Landkreis Verden“ soll unter anderem Umweltschutzvorhaben fördern und Verbraucher beraten. Kommunen und Land-

kreis legen gemeinsam ein Stammkapital in Höhe von 25 000 Euro an, dessen Anteil für die Stadt 1500 Euro beträgt. Zudem verpflichtet sich Achim, in den nächsten sechs Jahren jährlich 12 000 Euro für Betriebskosten und Investitionen einzubringen. Damit ist das Geld nicht futsch: Eigenanteile für allgemeine Projekte können darauf angerechnet werden.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Hans Baum gab zu bedenken, dass die Kommunen sich zwar finanziell beteiligen, die Klimaschutzagentur aber ein Werkzeug des Landkreises sei. „Was machen wir damit, wenn es außer Kontrolle gerät? Würde man das im unternehmerischen Sinne unterschreiben?“

Ähnlich sah es Volker Wrede (CDU): „Die Gesellschaft kostet Geld, aber was haben

wir davon?“ Einen Beitritt könne er sich nur vorstellen, wenn Achim unter Vorbehalt eintreten und, falls die Ziele nach drei Jahren nicht erreicht seien, wieder austreten würde. Ihren Änderungsantrag zog die CDU jedoch wieder zurück.

„**Lasst es uns versuchen. Nur so sehen wir, ob es was bringt.**

Petra Geisler (SPD)

Radikal äußerte sich Hans-Michael Paulat (CDU). Er sehe nicht, wie man mit lokalen Maßnahmen, etwa zur Reduzierung von Treibhausgasen, etwas bewirken könne.

Die Grünen signalisierten Zustimmung: „Ja, es kostet

Geld, aber wenn jeder es für sich alleine macht, kostet es noch mehr Geld“, fand Jürgen Kenning.

Petra Geisler (SPD) warnte vor einer resignativen Haltung und sagte: „Lasst es uns auf Kreisebene versuchen. Nur so sehen wir, ob es was bringt.“

WGA-Chef Wolfgang Heckel betonte, dass es schon genügend Institutionen gebe, die das Klima schützen, und fand, das Geld sei anderswo besser investiert.

Der Klimawandel lag auch einem Antrag der Gruppe SPD/Mindermann zugrunde. Dessen Idee, die Klimaschutzziele im Leitbild der Stadt zu verankern und eine Strategie für den Klimaschutz festzulegen, fand bei drei Gegenstimmen der FDP und WGA eine deutliche Mehrheit.

Aufatmen konnten die Be-

fürworter des Förderprogramms Zukunftsräume der A2O (Achim, Oyten und Ottersberg) Mobilitätsregion. Unter anderem um Ladesäulen für Elektrofahrräder einzurichten, stimmte der Rat einer außerplanmäßigen Ausgabe von 200 000 Euro zu. De facto bekommt die Stadt das Projekt (fast) zum Nulltarif, denn das Land Niedersachsen fördert das Vorhaben mit 60 Prozent und die A2O ist mit 40 Prozent dabei.

Mehrheitlich stimmte der Rat für den Satzungsbeschluss des Bebauungsplans „Lieken-Quartier“. Auf dem einstigen Gelände der Brotfabrik soll die neue Siedlung mit Einzelhandel und Wohnbebauung entstehen. Bei 19 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und einer Enthaltung winkten die Ratsmitglieder das Projekt durch.